

BR/GT I/45 d/70

Travaux Préparatoires EPÜ 1973

Hinweis:

Die Dokumente zu den Travaux Préparatoires EPÜ 1973 stellen lediglich ein internes Arbeitsmittel der Direktion Patentrecht im Europäischen Patentamt dar. Eine Gewähr für Richtigkeit und Vollständigkeit der Dokumente kann daher nicht übernommen werden.

REGIERUNGSKONFERENZ
ÜBER DIE EINFÜHRUNG EINES EUROPÄISCHEN
PATENTERTEILUNGSVERFAHRENS

Brüssel, den 1. Juli 1970
BR/GT I/45/70

Sekretariat

Von dem Vorsitzenden der Arbeitsgruppe I vorgelegte

A r b e i t s u n t e r l a g e

für den Entwurf eines Übereinkommens über ein europäisches Patenterteilungsverfahren

Vorschläge zu den

Artikeln 22 bis 29 (24a bis 30) und 124 bis 128 (114 bis 118),

deren Prüfung im Ersten Vorentwurf 1970 zurückgestellt worden ist

ERLÄUTERUNGEN

Vorentwurf von 1962

bedeutet: Vorentwurf eines Abkommens über ein europäisches Patentrecht, ausgearbeitet von der EWG-Arbeitsgruppe "Patente" und veröffentlicht im Jahre 1962.

EFTA-Entwurf

bedeutet: EUROPEAN FREE TRADE ASSOCIATION - Draft of an open European Patent Convention forming the first Convention in the two-part scheme - Annex III zum Arbeitsdokument EFTA 4/67 vom 19. Januar 1967. Diesem Entwurf lag der Vorentwurf von 1962 zugrunde.

Vorentwurf von 1965

bedeutet: Vorentwurf von 1962 unter Berücksichtigung der im Arbeitsdokument 2335/IV/65-D der EWG-Arbeitsgruppe "Patente" vom 22. Januar 1965 enthaltenen Änderungen.

Erster Vorentwurf 1970

bedeutet: Erster Vorentwurf eines Übereinkommens über ein europäisches Patenterteilungsverfahren.

+ in den Spalten "EFTA-Entwurf" und
"Vorschlag des Vorsitzenden"

bedeutet, daß der Text der nebenstehenden linken Spalte unverändert übernommen worden ist, und zwar der Text des Vorentwurfs von 1962 in den EFTA-Entwurf beziehungsweise der Text des Vorentwurfs von 1965 in den Vorschlag des Vorsitzenden.

* vor einzelnen Absätzen des "Vorentwurfs von 1965"

bedeutet, daß der Vorentwurf von 1965 gegenüber dem Vorentwurf von 1962 unverändert ist.

--- unter dem Text in den Spalten "Vorentwurf von 1965" und "Erster Vorentwurf 1970"

bedeutet, daß der so gekennzeichnete Text in der Spalte "Vorschlag des Vorsitzenden" entfällt.

— unter dem Text in der Spalte "Vorschlag des Vorsitzenden"

bedeutet, daß der so gekennzeichnete Text gegenüber dem Vorentwurf von 1965 neu aufgenommen worden ist. Völlig neue Absätze sind jedoch nicht unterstrichen.

Die Patentanmeldung als Gegenstand des Vermögens

Vorbemerkung:

Die Arbeitsgruppe hat im Ersten Vorentwurf zu diesem Kapitel zunächst nur die Artikel 22 (24a) betr. die Einheitlichkeit der europäischen Patentanmeldung, Artikel 23 (25) betr. die Übertragung der europäischen Patentanmeldung und Artikel 28 (29) betr. vertragliche Lizenzen an einer europäischen Patentanmeldung entworfen. Sie ließ sich dabei von dem Grundsatz leiten, daß im Gegensatz zu dem Vorentwurf von 1965 die europäische Patentanmeldung nicht nur für alle benannten Staaten gemeinsam, sondern auch nur für einen oder mehrere dieser Staaten übertragen werden oder Gegenstand von Rechten sein kann (Bericht über die 3.Arbeitssitzung - BR/12/69 - Nr.90 bis 94; vgl. auch Bericht über die 1.Arbeitssitzung - BR/7/69 - Nr.50 und die Vorschläge der niederländischen Delegation - BR/GT I/24/69 - Seite 4 bis 7).

Die Arbeitsgruppe hat die Artikel 24 bis 27 (26 bis 28a) und 29 (30), welche die Verpfändung, Bestellung anderer dinglicher Rechte, Zwangsvollstreckung, Fortwirkung der Rechte und ergänzende Anwendung des nationalen Rechts bei Rechtsgeschäften zum Gegenstand haben, zu einer späteren Prüfung zurückgestellt (Bericht über die 3.Arbeitssitzung - BR/12/69 - Nr.92).

Nach Auffassung des Vorsitzenden sind diese Vorschriften - mit Ausnahme des Artikels 29 - nicht mehr erforderlich. Sie wurden im Vorentwurf von 1965 (vgl. BR/GT I/2/69) nur benötigt, um die einheitliche Belastung und die aufgrund der Belastung erfolgende einheitliche Verwertung der europäischen Patentanmeldung und des europäischen Patents für das gesamte Gebiet des Gemeinsamen Marktes zu gewährleisten. Solche Vorschriften sind daher nur noch für das 2.Übereinkommen notwendig.

Eine notwendige Folge des Verzichts auf die Artikel 24 bis 27 ist die Änderung in Artikel 22. Für die europäische Patentanmeldung, für die die Mitgliedstaaten des Gemeinsamen Marktes benannt sind, gilt weiterhin der Grundsatz, daß die Anmeldung nur einheitlich übertragen und belastet werden kann. Um dies im 2. Übereinkommen im einzelnen regeln zu können, bedarf es der vorgeschlagenen Ermächtigung im 1. Übereinkommen.

Auf Artikel 29 sollte nicht verzichtet werden. Diese Vorschrift geht von der Tatsache aus, daß es für eine Reihe von Fragen, die durch Rechtsgeschäfte über europäische Patentanmeldungen entstehen, unmöglich oder nicht wünschenswert ist, im 1. Übereinkommen eine abschließende Regelung zu treffen. Zur Lösung der im 1. Übereinkommen offenbleibenden Rechtsfragen müssen die nationalen Rechte der Vertragsstaaten herangezogen werden. Dabei soll Artikel 29 die Frage lösen, welches nationale Recht anzuwenden ist.

Kapitel V

Die Patentanmeldung als Gegenstand des Vermögens

Artikel 22 (24a)

Einheitlichkeit der europäischen Patent-
anmeldung

Erster Vorentwurf 1970

Die europäische Patentanmeldung kann für alle benannten Staaten oder für einen oder mehrere dieser Staaten übertragen werden oder Gegenstand von Rechten sein, vorbehaltlich von Bestimmungen eines besonderen Übereinkommens nach Artikel 8. Eine Übertragung beeinträchtigt jedoch in keinem Fall die Einheitlichkeit der Anmeldung im Verfahren vor dem Europäischen Patentamt. Die Rechtsinhaber in den verschiedenen Ländern gelten für dieses Verfahren als gemeinsame Anmelder.

Kapitel V

Die Patentanmeldung als Gegenstand des Vermögens

Artikel 22 (24a)

Einheitlichkeit der europäischen Patent- anmeldung

Vorschlag des Vorsitzenden

(1) Die europäische Patentanmeldung kann für alle benannten Staaten oder für einen oder mehrere dieser Staaten übertragen werden oder Gegenstand von Rechten sein. Eine Übertragung beeinträchtigt jedoch in keinem Fall die Einheitlichkeit der Anmeldung im Verfahren vor dem Europäischen Patentamt. Die Rechtsinhaber in den verschiedenen Staaten gelten für dieses Verfahren als gemeinsame Anmelder.

(2) Sofern eine Gruppe von Vertragsstaaten von der Ermächtigung in Artikel 8 Gebrauch macht, kann sie vorschreiben, daß die europäische Patentanmeldung, soweit für sie diese Vertragsstaaten benannt sind, nur für alle diese Vertragsstaaten und nur nach den Bestimmungen des besonderen Übereinkommens übertragen, belastet und Zwangsvollstreckungsmaßnahmen unterworfen werden kann.

Bemerkung:

Siehe Vorbemerkung zu den Artikeln 22 bis 29.

Übertragung der europäischen Patentanmeldung

Erster Vorentwurf 1970

(1) Die rechtsgeschäftliche Übertragung der europäischen Patentanmeldung muß schriftlich erfolgen und bedarf der Unterschrift der Vertragsparteien.

(2) Der Rechtsübergang wird auf Antrag eines Beteiligten in das europäische Patentregister eingetragen, wenn das Original oder eine beglaubigte Abschrift des Übertragungsvertrags oder der öffentlichen Urkunden, aus denen sich der Rechtsübergang ergibt, oder zur Feststellung des Rechtsübergangs ausreichende Auszüge aus dem Vertrag oder den Urkunden vorgelegt werden. Der Antrag gilt erst als gestellt, wenn die in der Gebührenordnung zu diesem Übereinkommen vorgeschriebene Gebühr entrichtet worden ist.

(3) Ein Exemplar der in Absatz 2 genannten Unterlagen wird vom Europäischen Patentamt aufbewahrt; das Europäische Patentamt gewährt auf Antrag und nach Entrichtung der in Artikel vorgesehenen Gebühr Einsicht in diese Unterlagen.

(4) Der Rechtsübergang wird dem Europäischen Patentamt gegenüber erst wirksam, wenn er in das europäische Patentregister eingetragen ist; er wird nur in dem Umfang wirksam, in dem er sich aus den in Absatz 2 genannten Unterlagen ergibt.

Vorschlag des Vorsitzenden

- unverändert wie im Ersten Vorentwurf 1970 -

Artikel 24 (26) Verpfändung der europäischen Patentanmeldung

Artikel 25 (27) Sonstige dingliche Rechte an der europäischen Patentanmeldung

Artikel 26 (28) Zwangsvollstreckung in die europäische Patentanmeldung

Artikel 27 (28a) Fortwirkung der Rechte an einer europäischen Patentanmeldung

Vorschlag des Vorsitzenden:

Entfallen; siehe Vorbemerkung zu den Artikeln 22 bis 29

Artikel 28 (29)

Vertragliche Lizenzen an einer europäischen Patentanmeldung

Erster Vorentwurf 1970

(1) Eine europäische Patentanmeldung kann Gegenstand von Lizenzen für alle oder einen Teil der Gebiete der benannten Vertragsstaaten sein.

(2) Artikel 23 Absätze 2 und 3 findet auf die Erteilung oder den Übergang einer Lizenz an einer europäischen Patentanmeldung Anwendung.

Artikel 28 (29)

Vertragliche Lizenzen an einer europäischen Patentanmeldung

Vorschlag des Vorsitzenden

- unverändert wie im Ersten Vorentwurf 1970 -

Vorentwurf von 1963

(1) Soweit nicht dieses Abkommen selbst eine unmittelbare Regelung für Rechtsgeschäfte über europäische Patente enthält, ist das nationale Recht anzuwenden, auf das ~~dieses~~ Abkommen verweist. Fehlt eine solche Verweisung, so ist das Recht anzuwenden, das die Parteien vereinbart haben oder, wenn es sich um ein einseitiges Rechtsgeschäft handelt, das Recht, das derjenige, der dieses Rechtsgeschäft vorgenommen hat, bezeichnet. Ist das anwendbare Recht nicht vereinbart oder bezeichnet worden oder kann eine solche Vereinbarung oder Bezeichnung nach dem Recht des angerufenen Gerichts nicht wirksam getroffen werden, so bestimmt sich das anwendbare Recht nach den Regeln des internationalen Privatrechts, die im Staat des angerufenen Gerichts gelten.

(2) Soweit das internationale Privatrecht auf die *lex rei sitae* verweist, ist das Recht des Vertragsstaats anzuwenden, in dessen Gebiet der Inhaber des europäischen Patents seinen Wohnsitz oder Sitz hat. Hat der Patentinhaber weder Wohnsitz noch Sitz im Gebiet der Vertragsstaaten, so ist das Recht des Vertragsstaats anzuwenden, in dessen Gebiet der nach Artikel 172 bestellte Vertreter oder Zustellungsbevollmächtigte seinen Geschäftssitz hat. Ist kein Vertreter oder Zustellungsbevollmächtigter bestellt, so ist das Recht des Vertragsstaats anzuwenden, in dem das Europäische Patentamt seinen Sitz hat.

Vorschlag des Vorsitzenden

(1) + (Patentanmeldungen)

Bemerkungen:

1. Siehe Vorbemerkung zu den Artikeln 22 bis 29.

(2) Soweit das internationale Privatrecht auf die *lex rei sitae* verweist, ist das Recht des Vertragsstaats anzuwenden, in dessen Gebiet der Anmelder seinen Wohnsitz oder Sitz hat. Hat der Anmelder weder Wohnsitz noch Sitz im Gebiet der Vertragsstaaten, so ist das Recht des Vertragsstaats anzuwenden, in dessen Gebiet der nach Artikel ... bestellte Vertreter /oder Zustellungsbevollmächtigte/ seinen Geschäfts-sitz hat. Ist kein Vertreter /oder Zustellungsbevollmächtigter/ bestellt, so ist das Recht des Vertragsstaats anzuwenden, in dem das Europäische Patentamt seinen Sitz hat.

2. Die Entscheidung der Frage, ob in Absatz 2 Sätze 2 und 3 gegebenenfalls das Recht des Vertragsstaats anzuwenden ist, in dessen Gebiet der Zustellungsbevollmächtigte seinen Geschäfts-sitz hat, hängt davon ab, welche Fassung die Arbeitsgruppe I dem Artikel 172 des Vorentwurfs von 1965 entsprechenden Artikel des Ersten Vorentwurfs geben wird.

Umwandlung der europäischen Patentanmeldung in eine nationale Patentanmeldung

Vorbemerkung:

Die Prüfung dieser bereits im Vorentwurf von 1962/65 enthaltenen Artikelgruppe war bisher von der Arbeitsgruppe zurückgestellt worden. Der Vorsitzende der Arbeitsgruppe schlägt vor, diese Bestimmungen in angepaßter Form in den Ersten Vorentwurf aufzunehmen. Die Möglichkeit des "Umsteigens" vom europäischen in das nationale Erteilungsverfahren vermindert für den Anmelder die Risiken des neuen und ungewohnten europäischen Patenterteilungsverfahrens. Diese Bestimmungen machen daher, was das Erteilungsrisiko anbelangt, einen Doppelschutz und parallele Verfahren bei dem Europäischen Patentamt und den nationalen Ämtern überflüssig.

Vorentwurf von 1962

EFTA-Entwurf

Vorentwurf von 1965

(1) Auf Antrag des Anmelders eines europäischen Patents oder des Inhabers eines vorläufigen europäischen Patents leiten die nationalen Zentralbehörden für den gewerblichen Rechtsschutz der Vertragsstaaten das Verfahren zur Erteilung eines nationalen Patents auf Grund der europäischen Hinterlegung ein, die gemäß Artikel 75 die Bedeutung einer nationalen Hinterlegung hat.

(2) Der Antrag muß innerhalb einer Frist von drei Monaten, gerechnet von dem Zeitpunkt an, eingereicht werden, zu dem die europäische Patentanmeldung zurückgewiesen oder zurückgenommen worden ist oder zu dem das vorläufige europäische Patent aufgehoben oder durch Verzicht erloschen ist. Die in Artikel 75 vorgesehene Wirkung erlischt, wenn der Antrag nicht innerhalb der vorgeschriebenen Frist eingereicht worden ist.

(1) Auf Antrag des Anmelders oder des Inhabers eines europäischen Patents leiten die Zentralbehörden für den gewerblichen Rechtsschutz eines jeden Vertragsstaates, auf den sich die Anmeldung oder das Patent erstreckt, das Verfahren zur Erteilung eines nationalen Patents auf Grund der europäischen Hinterlegung ein, die gemäß Artikel 75 die Bedeutung einer nationalen Hinterlegung hat.

(2) Der Antrag auf Umwandlung muß innerhalb einer Frist von drei Monaten, gerechnet von dem Zeitpunkt an, eingereicht werden, zu dem die europäische Patentanmeldung zurückgewiesen oder zurückgenommen worden ist, oder zu dem das europäische Patent aufgehoben oder durch Verzicht erloschen ist, oder zu dem der betreffende Staat aus dem Kreis derer, auf die sich die Anmeldung oder das Patent erstreckt, wieder ausgenommen worden ist. Das in dem genannten Artikel vorgesehene Recht erlischt, wenn der Antrag nicht innerhalb der vorgeschriebenen Frist eingereicht worden ist.

(1)* Auf Antrag des Anmelders eines europäischen Patents oder des Inhabers eines vorläufigen europäischen Patents leiten die nationalen Zentralbehörden für den gewerblichen Rechtsschutz der Vertragsstaaten das Verfahren zur Erteilung eines nationalen Patents auf Grund der europäischen Hinterlegung ein, die gemäß Artikel 75 die Bedeutung einer nationalen Hinterlegung hat.

(2) Der Antrag muß innerhalb einer Frist von drei Monaten, nachdem die europäische Patentanmeldung zurückgewiesen oder zurückgenommen worden oder das vorläufige europäische Patent durch Verzicht oder rechtskräftige Aufhebung erloschen ist, eingereicht werden. Die in Artikel 75 vorgesehene Wirkung erlischt, wenn der Antrag nicht innerhalb der vorgeschriebenen Frist eingereicht worden ist.

Artikel 124 (114)

Einleitung des nationalen Verfahrens

Vorschlag des Vorsitzenden

(1) Auf Antrag des Anmelders eines europäischen Patents leiten die nationalen Zentralbehörden für den gewerblichen Rechtsschutz der Vertragsstaaten, in denen die europäische Patentanmeldung gemäß Artikel 76 Absatz 1 die Bedeutung einer vorschriftsmäßigen nationalen Hinterlegung hat, das Verfahren zur Erteilung eines nationalen Patents ein.

(2) Der Antrag muß innerhalb einer Frist von drei Monaten, nachdem die europäische Patentanmeldung zurückgewiesen oder zurückgenommen worden ist oder als zurückgenommen gilt, eingereicht werden. Die in Artikel 76 Absatz 1 genannte Wirkung erlischt, wenn der Antrag nicht innerhalb der vorgeschriebenen Frist eingereicht worden ist.

Bemerkung:

1. Aufgrund der geänderten Zielsetzung des 1. Übereinkommens ergibt sich nunmehr aus der Verweisung auf Artikel 76 Absatz 1, daß das nationale Verfahren nur in den Vertragsstaaten eingeleitet werden kann, die in der europäischen Patentanmeldung gemäß Artikel 67 benannt sind.
2. Da ein Antrag auf Umwandlung, insbesondere im Falle der Zurücknahme der europäischen Patentanmeldung kurz vor der in Artikel 85 vorgesehenen Veröffentlichung der europäischen Patentanmeldung gestellt werden kann, erhebt sich die Frage, ob nicht auf diese Weise das System der nationalen Veröffentlichung nach 18 Monaten durchlöchert werden kann und ob nicht dagegen irgendwelche einschränkende Maßnahmen hinsichtlich des Zeitpunktes der Stellung des Antrags auf Umwandlung getroffen werden sollten.

Artikel 115
Antrag auf Umwandlung

Vorentwurf von 1962	EFTA-Entwurf	Vorentwurf von 1965
<p>(1) Mit dem in Artikel 114 vorgesehenen Antrag sind einzureichen:</p> <p>a) eine vom Europäischen Patentamt beglaubigte Abschrift der europäischen Patentanmeldung und gegebenenfalls der gemäß Artikel 77 Absatz 1 und 81 beim Europäischen Patentamt eingereichten Unterlagen sowie der Inanspruchnahme der Priorität einer früheren Anmeldung;</p> <p>b) gegebenenfalls eine Abschrift des Neuheitsberichts;</p> <p>c) eine Bescheinigung des Europäischen Patentamts,</p> <p>aa) die die Angabe des Zeitpunkts enthält, zu dem die europäische Patentanmeldung zurückgewiesen oder zurückgenommen worden ist oder zu dem das vorläufige europäische Patent aufgehoben oder durch Verzicht erloschen ist;</p>	<p>(1) Mit dem in Artikel 114 vorgesehenen Antrag sind einzureichen:</p> <p>a) +</p> <p>b) +</p> <p>c) eine Bescheinigung des Europäischen Patentamts,</p> <p>aa) die die Angabe des Zeitpunkts enthält, zu dem die europäische Patentanmeldung zurückgewiesen oder zurückgenommen worden ist oder zu dem das europäische Patent aufgehoben oder durch Verzicht erloschen ist oder zu dem der fragliche Staat aus dem Kreis derer, auf die sich die Anmeldung erstreckt, wieder aufgenommen worden ist;</p>	<p>(1) Mit dem in Artikel 114 vorgesehenen Antrag sind einzureichen:</p> <p>a) eine vom Europäischen Patentamt beglaubigte Abschrift der europäischen Patentanmeldung und gegebenenfalls der gemäß Artikel 77 Absatz 1 und 82 beim Europäischen Patentamt eingereichten Unterlagen sowie der Inanspruchnahme der Priorität einer früheren Anmeldung;</p> <p>b) gegebenenfalls eine Abschrift des Berichts über den Stand der Technik;</p> <p>c) eine Bescheinigung des Europäischen Patentamts,</p> <p>aa) ^{tr} die die Angabe des Zeitpunkts enthält, zu dem die europäische Patentanmeldung zurückgewiesen oder zurückgenommen worden oder zu dem das vorläufige europäische Patent aufgehoben oder durch Verzicht erloschen ist;</p>

Artikel 125 (115)
Antrag auf Umwandlung

Vorschlag des Vorsitzenden

(1) ... Artikel 124

a) + ... Artikel 78 Absatz 2 und 83

b) +

c) +

aa) die die Angabe des Zeitpunkts enthält, zu dem die europäische Patentanmeldung zurückgewiesen oder zurückgenommen worden oder zu dem sie als zurückgenommen gilt;

aa¹) die die Angabe der gemäß Artikel 67 benannten Vertragsstaaten enthält;

- | | | |
|---|-------|---|
| bb) die die Ansprüche enthält, die der Antragsteller im Verfahren vor dem Europäischen Patentamt zuletzt geltend gemacht hat, mit Ausnahme der Ansprüche, auf die er früher verzichtet hatte; | bb) + | bb) - gestrichen - |
| cc) die eine Liste der nicht im Neuheitsbericht aufgeführten Tatsachen enthält, die den Stand der Technik bilden und vom Europäischen Patentamt entgegengehalten worden sind; | cc) + | cc) die eine Liste der nicht im Bericht über den Stand der Technik aufgeführten Tatsachen enthält, die zum Stand der Technik gehören und vom Europäischen Patentamt entgegengehalten worden sind. |
| d) der Betrag der für eine nationale Patentanmeldung vorgeschriebenen Gebühren oder der Nachweis ihrer Entrichtung. | d) + | d)* der Beitrag der für eine nationale Patentanmeldung vorgeschriebenen Gebühren oder der Nachweis ihrer Entrichtung. |

bb) - entfällt -

cc) +

d) +

(1a) Auf europäische Patentanmeldungen, die dem Europäischen Patentamt gemäß Artikel 65 Absatz 5 nicht zugegangen sind, ist Absatz 1 mit der Maßgabe anzuwenden, daß die in Buchstabe a genannte beglaubigte Abschrift und die in Buchstabe c genannte Bescheinigung von der nationalen Zentralbehörde für den gewerblichen Rechtsschutz zu erteilen ist, bei der die europäische Patentanmeldung eingereicht worden ist. Wird der Antrag bei der nationalen Zentralbehörde für den gewerblichen Rechtsschutz gestellt, bei der die europäische Patentanmeldung eingereicht worden ist, so ist die Vorlage der in Satz 1 genannten Unterlagen nicht erforderlich; der Antrag muß jedoch zur Ermittlung der Anmeldung ausreichende Angaben enthalten.

Bemerkung:

1. Die Vorschrift in Buchstabe bb ist, soweit vom Vorsitzenden festgestellt werden konnte, vom Redaktionsausschuß der Arbeitsgruppe "Patente" gestrichen worden im Zusammenhang mit der Streichung des letzten Satzes des Artikels 116 des Vorentwurfs von 1962 (vgl. Seite 2

2. Absatz 1a berücksichtigt eine Besonderheit, die in Artikel 65 Absatz 5 enthalten ist, nämlich den Fall, daß die europäische Patentanmeldung an das Europäische Patentamt überhaupt nicht weitergeleitet worden ist. In diesem Fall können die erforderlichen Unterlagen von der nationalen Zentralbehörde für den gewerblichen Rechtsschutz ausgestellt werden, bei der die Anmeldung verblieben ist.

Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß die Unterlagen für die europäische Patentanmeldung, die gemäß Artikel 65 Absatz 5 als zurückgenommen gilt und deren Umwandlung in eine nationale Patentanmeldung beantragt wird, den nationalen Zentralbehörden der übrigen gemäß Artikel 67 benannten Vertragsstaaten erst 17 Monate nach der Einreichung der europäischen Patentanmeldung oder nach dem Prioritätszeitpunkt zugehen können; in diesem Falle werden die nationalen Zentralbehörden, die nationale Anmeldungen 18 Monate nach dem Prioritätszeitpunkt veröffentlichen, die umgewandelte europäische Patentanmeldung in dieser Frist in der Regel nicht veröffentlichen können.

Vorentwurf von 1962	EFTA-Entwurf	Vorentwurf von 1965
<p>(2) Jeder Vertragsstaat kann die Einreichung einer Übersetzung der in Absatz 1 Buchstaben a) und c) bb) genannten Unterlagen in eine der bei seiner Zentralbehörde für den gewerblichen Rechtsschutz zugelassenen Amtssprachen verlangen, der eine amtliche Beglaubigung der Übereinstimmung mit dem Urtext beigefügt ist. Die Frist, die für die Einreichung dieser Dokumente gewährt wird, darf nicht weniger als zwei Monate betragen.</p>	<p>(2) +</p>	<p>(2) Die nationale Zentralbehörde für den gewerblichen Rechtsschutz kann auf Antrag für die Einreichung der in Absatz 1 genannten Unterlagen eine zusätzliche Frist gewähren.</p> <p>(3) Jeder Vertragsstaat kann die Einreichung einer Übersetzung der in Absatz 1 Buchstabe a) genannten Unterlagen in eine der bei seiner Zentralbehörde für den gewerblichen Rechtsschutz zugelassenen Amtssprachen verlangen, der eine amtliche Beglaubigung der Übereinstimmung mit dem Urtext beigefügt ist. Die Frist, die für die Einreichung dieser Dokumente gewährt wird, darf nicht weniger als zwei Monate betragen.</p>

Vorschlag des Vorsitzenden

(2) ... Absatz 1 oder 1a

(3) Jeder Vertragsstaat kann die Einreichung einer Übersetzung der in Absatz 1 Buchstabe a) genannten Unterlagen oder der in Absatz 1a Satz 1 genannten beglaubigten Abschrift oder im Falle des Absatzes 1a Satz 2 eine Übersetzung der Unterlagen der europäischen Patentanmeldung in eine der bei seiner Zentralbehörde für den gewerblichen Rechtsschutz zugelassenen Amtssprachen verlangen. Der Übersetzung ist eine amtliche Beglaubigung der Übereinstimmung mit dem Urtext beizufügen. Die Frist, die für die Einreichung dieser Dokumente gewährt wird, darf nicht weniger als zwei Monate betragen.

Artikel 116

Ordnungsgemäße nationale Patentanmeldung

Vorentwurf von 1962	EFTA-Entwurf	Vorentwurf von 1965
<p>Die in Artikel 115 Absatz 1 Buchstabe a) vorgesehenen und gemäß den Vorschriften des Artikels 114 eingereichten Unterlagen, die gegebenenfalls durch die in Artikel 115 Absatz 2 erwähnte Übersetzung vervollständigt worden sind, gelten als formgerechte nationale Patentanmeldung, soweit ihnen die in Artikel 115 Absatz 1 Buchstabe b) erwähnte Unterlage beigelegt worden ist oder, falls diese Unterlage nicht vorliegt, soweit die nationale Zentralbehörde für den gewerblichen Rechtsschutz festgestellt hat, daß die Formerfordernisse der europäischen Patentanmeldung erfüllt sind. Die Ansprüche des nationalen Patents dürfen nicht über die in Artikel 115 Absatz 1 Buchstabe c) bb) genannten Ansprüche hinausgehen.</p>	<p>+</p>	<p>(1) Die in Artikel <u>115</u> Absatz 1 Buchstabe a) <u>vorgesehenen</u> und gemäß den Vorschriften des Artikels <u>114</u> eingereichten Unterlagen, die gegebenenfalls durch die in Artikel <u>115</u> Absatz 3 erwähnte Übersetzung vervollständigt worden sind, gelten als formgerechte nationale Patentanmeldung, sofern ihnen die Abschrift des Berichts über den Stand der Technik beigelegt worden ist. Liegt diese Abschrift nicht vor, so gelten die genannten Unterlagen nur insoweit als formgerechte nationale Patentanmeldung, als die nationale Zentralbehörde für den gewerblichen Rechtsschutz festgestellt hat, daß die Formerfordernisse der europäischen Patentanmeldung erfüllt sind.</p> <p>(2) Es bleibt den Vertragsstaaten vorbehalten, zu bestimmen, daß die Ansprüche des nationalen Patents in ihrem Schutzbereich nicht über die Ansprüche hinausgehen dürfen, die gemäß Artikel 85 oder 96 veröffentlicht worden sind <u>oder nach einem Verzicht gemäß Artikel 124 bestehen bleiben.</u></p>

Artikel 126 (116)

Ordnungsgemäße nationale Patentanmeldung

Vorschlag des Vorsitzenden

(1) + ... Artikel 125

... Artikel 124

... Artikel 125

(2) Es bleibt den Vertragsstaaten vorbehalten, zu bestimmen, daß die Ansprüche des nationalen Patents in ihrem Schutzbegehren nicht über die Ansprüche hinausgehen dürfen, die gemäß Artikel 85 veröffentlicht worden sind.

Bemerkung:

Diese Bestimmung aus dem Jahre 1962 nimmt Gedanken vorweg, die in ähnlicher Form in den Artikeln 11 Absatz 4 und 27 Absatz 1 PCT wiederkehren. Nach Artikel 11 Absatz 4 PCT hat die formgerechte internationale Anmeldung in jedem Bestimmungsstaat die Wirkung einer vorschriftsmäßigen nationalen Anmeldung. Ferner darf kein Bestimmungsstaat, was Form und Inhalt der internationalen Anmeldung anbetrifft, die Erfüllung anderer Erfordernisse verlangen, als sie in PCT und dessen Verfahrensregelung vorgesehen sind.

Nach Artikel 126 soll die europäische Patentanmeldung, die bereits mit einem Recherchebericht ausgestattet ist, bei den nationalen Zentralbehörden für den gewerblichen Rechtsschutz ohne erneute Formalprüfung weiterbehandelt werden, da diese Prüfung bereits vom Europäischen Patentamt vorgenommen ist. Sofern ein Recherchebericht noch nicht vorliegt und das nationale Amt gegebenenfalls selbst eine Recherche vornehmen muß, soll ihm die Möglichkeit einer erneuten Formalprüfung gegeben werden, jedoch soll er dabei an die Formvorschriften des Europäischen Übereinkommens und seiner Ausführungsordnung gebunden sein.

Artikel 117
Mitteilungen und Bekanntmachung

Vorentwurf von 1962	EFTA-Entwurf	Vorentwurf von 1965
<p>(1) Die nationale Zentralbehörde für den gewerblichen Rechtsschutz ist verpflichtet, dem Europäischen Patentamt vom Eingang eines Antrags nach Artikel 114 Mitteilung zu machen, wenn die Erteilung eines vorläufigen europäischen Patents bekanntgemacht worden ist. Das Vorliegen des Antrags wird in das europäische Patentregister eingetragen und im Europäischen Patentblatt bekanntgemacht.</p> <p>(2) Die nationale Zentralbehörde für den gewerblichen Rechtsschutz ist verpflichtet, die in Artikel 115 Absatz 1 genannten Unterlagen der Öffentlichkeit zugänglich zu machen, wenn nach nationalem Recht die Unterlagen des nationalen Verfahrens der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden können. Auf der nationalen Patentschrift ist die europäische Patentanmeldung und gegebenenfalls das vorläufige europäische Patent anzugeben.</p>	<p>(1) +</p> <p>(2) +</p>	<p>(1) Die nationalen Zentralbehörden für den gewerblichen Rechtsschutz sind verpflichtet, dem Europäischen Patentamt vom Eingang eines Antrags nach Artikel 114 Mitteilung zu machen. Das Vorliegen des Antrags wird in das europäische Patentregister eingetragen. -----</p> <p>(2)* Die nationale Zentralbehörde für den gewerblichen Rechtsschutz ist verpflichtet, die in Artikel 115 Absatz 1 genannten Unterlagen der Öffentlichkeit zugänglich zu machen, wenn nach nationalem Recht die Unterlagen des nationalen Verfahrens der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden können. Auf der nationalen Patentschrift ist die europäische Patentanmeldung <u>und gegebenenfalls das vorläufige europäische Patent</u> anzugeben.</p>

Artikel 127 (117)
Mitteilungen und Bekanntmachung

Vorschlag des Vorsitzenden

(1) Die nationalen Zentralbehörden für den gewerblichen Rechtsschutz sind verpflichtet, dem Europäischen Patentamt vom Eingang eines Antrags nach Artikel 124 Mitteilung zu machen. Das Vorliegen des Antrags wird in dem europäischen Patentregister vermerkt, sofern das europäische Patentregister eine Eintragung über die europäische Patentanmeldung enthält.

(2) Die nationale Zentralbehörde für den gewerblichen Rechtsschutz ist verpflichtet, die in Artikel 125 Absatz 1 und 1a genannten Unterlagen der Öffentlichkeit zugänglich zu machen, wenn nach nationalem Recht die Unterlagen des nationalen Verfahrens der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden können. Auf der nationalen Patentschrift ist die europäische Patentanmeldung anzugeben.

Bemerkung:

Die Änderung war mit Rücksicht auf Artikel 59 Absatz 1 Satz 2 und Artikel 85 Absatz 4 notwendig.

Umwandlung im Falle der Geheimhaltung

Vorentwurf von 1962	EFTA-Entwurf	Vorentwurf von 1965
<p>(1) Ist eine europäische Patentanmeldung gemäß Artikel 67 Absatz 3 unter Geheimschutz gestellt worden, so findet Artikel 114 auf Antrag des Inhabers der europäischen Patentanmeldung, der innerhalb einer Frist von drei Monaten von der Entscheidung über die Geheimhaltung an einzureichen ist, vorbehaltlich der nationalen Vorschriften über die Geheimhaltung von Erfindungen im Interesse des Staats Anwendung. Der Antrag muß das Aktenzeichen der europäischen Patentanmeldung bezeichnen, auf die er gestützt wird; mit dem Antrag muß die für eine nationale Patentanmeldung vorgeschriebene Gebühr entrichtet oder der Nachweis ihrer Entrichtung vorgelegt werden.</p> <p>(2) Der Vertragstaat kann die Einreichung einer Übersetzung der europäischen Patentanmeldung gemäß den Vorschriften des Artikels 115 Absatz 2 verlangen.</p> <p>(3) Die europäische Patentanmeldung gilt als formgerechte nationale Patentanmeldung, soweit sie den in diesem Abkommen vorgeschriebenen Formerfordernissen entspricht.</p>	<p>(1) +</p> <p>(2) +</p> <p>(3) +</p>	<p>(1) Ist eine europäische Patentanmeldung gemäß Artikel 67 Absatz 3 unter Geheimschutz gestellt worden, so findet Artikel 114 auf Antrag des Inhabers der europäischen Patentanmeldung, der innerhalb einer Frist von drei Monaten nach der Mitteilung der Entscheidung über die Geheimhaltung einzureichen ist, vorbehaltlich der nationalen Vorschriften über die Geheimhaltung von Erfindungen im Interesse des Staats Anwendung. Der Antrag muß das Aktenzeichen der europäischen Patentanmeldung bezeichnen, auf die er gestützt wird; mit dem Antrag muß die für eine nationale Patentanmeldung vorgeschriebene Gebühr entrichtet oder der Nachweis ihrer Entrichtung vorgelegt werden.</p> <p>(2) Der Vertragstaat kann die Einreichung einer Übersetzung der europäischen Patentanmeldung gemäß Artikel 115 Absatz 3 verlangen.</p> <p>(3) Die europäische Patentanmeldung gilt als formgerechte nationale Patentanmeldung, soweit sie hinsichtlich ihrer Form den Vorschriften dieses Abkommens entspricht.</p>

Artikel 128 (118)

Umwandlung im Falle der Geheimhaltung

Vorschlag des Vorsitzenden

(1) Ist eine europäische Patentanmeldung unter Geheimschutz gestellt worden, so sind die Artikel 124 bis 127 nur vorbehaltlich der nationalen Vorschriften über die Geheimhaltung von Erfindungen im Interesse des Staats anzuwenden.

Bemerkung:

Artikel 128 deckt alle Fälle, in denen eine europäische Patentanmeldung unter Geheimschutz gestellt worden ist. Solange der Geheimschutz besteht, kann möglicherweise eine Nachanmeldung in einem anderen Vertragsstaat in Betracht kommen, sofern zwischen den betreffenden Staaten ein Abkommen über den Austausch von geheimen Erfindungen besteht. Außerdem kann es zu einer Nachanmeldung in anderen Vertragsstaaten kommen, wenn die Geheimhaltung der Erfindung im Ursprungsland aufgehoben ist.

Das Wort "nur" ist eingefügt worden, um den Charakter des Artikels 128 als Ausnahmenvorschrift klar hervorzuheben.

(2) - entfällt -

(3) - entfällt -

